

Beschäftigungsstaat oder Vermeidungsgesellschaft?

Entropievermehrung aufhalten heißt vor allem: Entmaterialisierung der Wirtschaftsvorgänge, Drosselung der gewaltigen Material- und Energieströme. Diese Material- und Energieströme werden aber durch Arbeit erzeugt. Sie werden vor allem in Gang gehalten, um Beschäftigung zu sichern. Hauptursache heutiger Entropievermehrung ist die Beschäftigungsgesellschaft.

Industrialisierung heißt: Befreiung von Arbeit

In Indien wurden die gewaltigen Prachtpaläste der Maharadschas noch im 20. Jahrhundert stets während der großen Hungersnöte gebaut und als »Dürre-Hilfen« (»Drought Relief«) deklariert. Das Erklärungsmuster war stets das gleiche: Ihr müsst Paläste bauen, damit ihr nicht verhungert. Dass die Nahrungsmittel nicht erst durch den Palastbau entstanden, sondern auch ohne ihn dagewesen sein mussten, ging den indischen Arbeiter-Sklaven nicht auf. Zum Nachdenken hatten sie keine Zeit.

Die indischen Erklärungsmuster gelten auch für die Gegenwart: Ihr müsst Paläste bauen, Kohle fördern, Stahl gießen, Überflüssiges produzieren, damit Ihr nicht eure Existenzberechtigung verliert. Und die Arbeiter von Rheinhausen, Brandenburg und Bischofferode bemühen sich auch tatsächlich um solche Arbeit, weil sie sonst ihre Existenzberechtigung oder zu-

mindest ihren Lebensstandard verlören. Auf die Idee, dass die Güter für ihren Lebensbedarf ohnehin produziert werden, also vorhanden sind, und dass sie selbst dann ein Anrecht darauf hätten, wenn sie keinen überflüssigen Stahl mehr produzieren, kommen auch sie nicht.

Dabei läuft die Entwicklung zurzeit doch sehr vernünftig: Ausgerechnet in dem historischen Augenblick, in dem wir erkennen, dass wir der Umwelt und der Zukunft unserer Kinder zuliebe die gewaltigen Material- und Energieströme drosseln müssen, die wir leichtfertig in Gang gesetzt haben, und in dem wir erkennen, dass diese Material- und Energieströme vor allem durch Arbeit verursacht werden – ausgerechnet in diesem Augenblick tut uns die Arbeit von selber den Gefallen, einfach zu verschwinden. Woher kommt die Gegenwehr gegen dieses (schon 1988 von Hermann Glaser konstatierte) »Verschwinden der Arbeit«? (Abb. 27)²¹

Arbeit – dieser Begriff stand in der Geschichte zuerst für körperliche Qualarbeit. Das althochdeutsche »arabeit« kommt vom indogermanischen »orbho«: »verwaist sein, ein zu schwerer körperlicher Arbeit verdingtes Kind sein«.

Das germanische »arbe« bedeutet »Knecht«. Das griechische »ponos«, das französische »peine« und auch »travail« kommen vom lateinischen »tripilore« (pfählen, quälen) und von »tripalium« (Beschlagpferch), wo eine der damals härtesten Arbeiten verrichtet werden musste. Das russische »robot« schließlich kommt von »rab« (Sklave). Geistige Entfaltungstätigkeiten, die kein Material bewegten, hießen »opus« oder »oeuvre«.

Körperliche Arbeit ist von allen vorindustriellen Gesellschaften stets als Qual empfunden worden, als Vertreibung aus dem Paradies, als Strafe für den Sündenfall. In der antiken Sklavengesellschaft wurde Arbeit von »Freien« an Sklaven delegiert. Der »Freie« war vor allem frei von Arbeit. Die Befreiung von Arbeit war über Jahrtausende hinweg vornehmes Menschheitsziel.

Sehr früh versuchten jedoch die jeweiligen Eliten auch, ihre eigenen Edeltätigkeiten unter dem Begriff »Arbeit« unterzubringen, um so zu verschleiern, dass sie sich selbst der Qualarbeit entzogen hatten. Bereits im Mittelalter versuchte man, Ritterspiele als Arbeit auszugeben.²² Im 19. Jahrhundert schließlich wurde der Adel durch seinen Niedergang gezwungen, seine ehemals höfischen Edeltätigkeiten als Arbeit zu deklarieren, um so einen Lohnanspruch zu rechtfertigen. Aus den »Kavalieren« wurden Militäringenieure, später Architekten. Heute sind sowohl körperliche, fremdbestimmte Qualarbeit als auch selbstbestimmte geistige Entfaltungstätigkeit unter dem gleichen Begriff »Arbeit« subsumiert.

Die Industrialisierung bewirkte zweierlei: zum einen zielte sie auf eine Befreiung von Qualarbeit, auf deren Delegation an Maschinen und Automaten. Zum anderen machte sie eine Fülle neuer Entfaltungstätigkeiten notwendig, vor allem in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Technik, Planung, Entwicklung. Geht man von dem alten, engeren Arbeitsbegriff im Sinne von Qualarbeit aus, zielt Industrialisierung auf das »Ende der Arbeitsgesellschaft« (Gorz). Legt man einen neuen, um Entfaltungstätigkeit erweiterten Arbeitsbegriff zugrunde, eröffnet sie zumindest theoretisch die Möglichkeit einer emanzipierten Tätigkeitsgesellschaft mit immer weniger Material umsetzender Qualarbeit. Dass in der Realität Qualarbeit und Materialumsatz keineswegs reduziert werden und dass selbst die Entfaltungstätigkeiten zu abhängigen Qualtätigkeiten verkommen, resultiert nicht aus dem Wesen der Industrialisierung.

Arbeitsabschaffung oder Arbeitsbeschaffung?

Gleichzeitig mit der Industrialisierung begann ein irrationaler, ideologischer Kreuzzug zur Mystifizierung, ja Fetischisierung der Qualarbeit, begann der Mythos der »Arbeitsgesellschaft«: »Recht auf Arbeit«, »Tag der Arbeit«, »Partei der Arbeit«, »Arbeiterkultur«, »Arbeiterdichtung« – die gegensätzlichsten Kräfte der Gesellschaft wirkten aus den gegensätzlichsten Motiven bei dieser »Hypostasierung«²³ und »transzendentalen Überhöhung«²⁴ von Arbeit zusammen. Ursprünge dieser Hypostasierung lassen sich weit in die Geschichte zurückverfolgen. Im Wesentlichen aber entstand sie vor etwa 200 Jahren: Es war die Vorstellung, dass Nicht-Arbeit Sünde sei. Sie entsprang vor allem den Vorstellungen des Protestantismus, insbesondere des Pietismus, wie es Max Weber beschrieben hat. Sie stellte sowohl das jahrtausendealte Arbeitsverständnis auf den Kopf und nach und nach auch das Verständnis von Industrialisierung. Sie griff ziemlich bald auch auf nicht-protestantische Bevölkerungen über, bis hin zu den heutigen asiatischen Tigerstaaten, entsprang aber dort nicht der Religion.

Diese Ideologie kam im Grunde allen gelegen außer den Arbeitern. Die Unternehmer konnten so das Industrialisierungstempo steigern und von ihrem Alleinanspruch auf die Maschinerisierungsgewinne ablenken. Die Funktionäre der Arbeiterbewegung konnten die neue Schicht mit dem politisch dringend erforderlichen Selbstwertgefühl versehen. Den Politikern eröffnete das neue Feld der sogenannten »Arbeitsbeschaffung« die Möglichkeit, sich als Wohltäter darzustellen. Und die Wissenschaft überschlug sich dabei, die entsetzlichen Folgen der Nicht-Arbeit zu beschreiben. »Linke« Soziologen wie Maria Jahoda beschrieben eindrucksvoll die psychologischen Deformationen

infolge Arbeitslosigkeit und trafen sich dabei in ihren Aussagen mit konservativen Arbeitsmedizinern und Tüchtigkeitsideologen. Falsch war nur die Ursachendeutung: die Deformation resultierte keineswegs unmittelbar aus der Nicht-Arbeit, sondern vielmehr aus deren Nicht-Bezahlung und Diskriminierung. Man hatte geflissentlich übersehen, dass weder die historischen Eliten von der Nicht-Arbeit deformiert worden waren noch die raffineren Zeitgenossen, die genüsslich von Transfereinkommen, Vermögen, Mieten und Zinsen lebten und deren Zahl sich heute inzwischen auf über die Hälfte der Bevölkerung beläuft.

Im Gegensatz zur Sklavengesellschaft kann sich die bürgerliche Gesellschaft auf die Zustimmung der Unterdrückten stützen, »weil die Lohnarbeiter durch ihre zur Perversion entartete Liebe zur Arbeit einen selbstverschuldeten Anteil an dieser Misere haben«. ²⁵ Bereits Lafargue, der Schwiegersohn von Marx, hat diese Selbstunterdrückung vor etwa hundert Jahren beschrieben: »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse ... die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommen gehende Arbeitssucht.« Die ganze sogenannte »Arbeiterrevolution« ist daran zugrunde gegangen, dass sie das zu verherrlichen suchte, was sie eigentlich hätte abschaffen sollen. Keinem einzigen Arbeiter wurde je ein Gefallen getan, wenn er weiter körperliche Qualarbeit verrichten musste. »Arbeiterbewegung«? Wie viele Arbeiterführer gab es denn, die jemals Arbeiter gewesen waren? Waren es nicht vielmehr stets bürgerliche Caféhausliteraten, Feuilletonisten, Theologen, Fabrikanten und Wissenschaftler, die eben jene körperliche Qualarbeit verherrlichten, der sie sich selber trickreich entzogen hatten? Im besten Fall waren es solche Arbeiter, denen nur eine Funktionärskarriere diese Möglichkeit erst eröffnete. Sobald jemand Aufseher, Steiger oder Polier geworden ist, fasst er doch keine Hacke oder Schaufel mehr an. Und je höher er aufsteigt, desto lauter stimmt er ein in den Chor derjenigen,

die den unten Verbliebenen die Segnungen körperlicher Qualarbeit zu verdeutlichen suchen. Und diese singen dann gerne aufgrund des dort naturgemäß großen Bedarfs an Selbstwertgefühl die schönen Lieder vom Glück des Bergmanns, des Bauern und des wackeren Handwerksmanne. Verherrlichung von Qualarbeit war stets Arbeiterbetrug. Die absichtsvoll Nichtarbeitenden hatten immer mehr zu essen als die Arbeitenden.

Damit sollen die historischen Verdienste der »Arbeiterbewegung« nicht diskreditiert werden: Arbeitszeitverkürzung von 80 auf 48 Stunden bis 1918, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Fortschritte im Verteilungskampf. Heute jedoch hinkt die Arbeitszeitverkürzung weit hinter den Erfordernissen her. Der Verteilungskampf ist rückläufig. Ein ernst zu nehmender Anspruch auf die Maschinerisierungsgewinne wurde nie erhoben. Ökologie wird als arbeiterfeindlich diskriminiert. Und mit Arbeitergrochen werden Spielcasinos gebaut, Festspiele abgehalten, Mercedes-Aktien gekauft.

Es war vor allem die Koppelung der Existenzberechtigung an die Voraussetzung »Erwerbsarbeit«, die das ursprüngliche Industrialisierungsziel »Abschaffung der Arbeit« in die Bedrohung »Arbeitslosigkeit« verwandelte. Aus dem Ziel »Arbeitsabschaffung« war das Ziel »Arbeitsbeschaffung« geworden.

Aus der Koppelung an die Existenzberechtigung entstand ein Beschäftigungszwang, der vom tatsächlichen Arbeitsbedarf unabhängig war. Arbeitsbeschaffung konnte als existenzrettende Wohltat dargestellt werden, auch oder vor allem dann, wenn gar kein Bedarf vorhanden war. So entstand die Beschäftigungslüge.

Arbeitsbeschaffung war in der Geschichte immer ein wesentliches Element der Staatskonstituierung und Staatslegitimation, war Vorwand, um staatsbildende Abhängigkeit zu erzeugen, um die Existenzberechtigung der Bevölkerung einem Legitimationszwang zu unterwerfen.

Der britische Physiker Mendelsohn hat 1987 nachgewiesen, dass sich die Bauzeiten der Pyramiden (Abb. 29) stets so überschneiden, dass sie die durchgehende Vollbeschäftigung eines gleichbleibenden Arbeitsheeres garantierten. Von Brechts »siebentorigem Theben« über die Barockschlösser, Maharadschapaläste zu Hitlers Autobahnen: das Bauen diene neben reiner Bedarfsdeckung stets auch der Erzeugung von Staatslegitimation durch Arbeitsbeschaffung (Abb. 30).

Die Bezeichnung »Beschäftigungsstaat« ist also zutreffend. Der Staat benutzt eine längst überholte Ideologie zur Abwehr angemessener Fortentwicklung. Es gelingt ihm, die selbst erzeugte Fehlentwicklung als unabwendbares Naturgesetz darzustellen und die eigene Blockierhaltung als fortschrittliche Fürsorge. Er operiert gezielt mit der Angst vor dem Abstieg, vor der Überflüssigkeit: Förster halten am Plantagenwald fest, weil der weit wirtschaftlichere Naturwald sie überflüssig machen würde. Landwirte halten an der naturfeindlichen, chemisierten und subventionierten Überproduktion fest, Werbegrafiker an verdummender Werbung, Architekten am Bauwachstum, Landschaftsarchitekten an verkünstelter Landschaft, Benzinhersteller am Benzinverbrauch, Stromhersteller am Stromverbrauch, Landminenhersteller an Landminen.

Gewiss: die Mystifizierung der Arbeit und die Einbehaltung der Maschinerisierungsgewinne haben das Industrialisierungstempo gewaltig erhöht. Dieses hohe Industrialisierungstempo hat den Technologiefortschritt beschleunigt und einigen Generationen der G7-Länder früher als sonst einen nie gekannten Wohl-

stand gebracht. Der übergroßen Mehrheit der Weltbevölkerung brachte es jedoch eine nie gekannte Verelendung und der Natur der Welt unumkehrbare Entropie-Schäden, die bei geringerem Tempo vermutlich zu vermeiden gewesen wären. Nur haben ja in der Geschichte höfische, klerikale, koloniale und »besser verdienende« Minderheiten immer auf Kosten der Mehrheit gelebt. Noch nie aber ist die Zukunft ganzer Generationen in einem derart atemberaubenden Tempo von einer globalen Minderheit regelrecht verprasst worden und noch nie ist dieses Verprassen von einer liebedienerischen Wissenschaft und ihrer Wachstums- und Beschäftigungstheorie derart ungeniert gestützt, ja geradezu zum Ziel erklärt worden.

Mit der Beschäftigungslüge können alle Verbrechen von Politikern und Unternehmern gerechtfertigt werden: die Produktion von Waffen und Giften, die Anbiederei bei Terrorregimen, sinnloses, quälerisches Hin- und Hertransportieren von Schlachtvieh, verseuchte Fleischexporte, die Zersiedlung der Landschaft, die Zerstörung der Regenwälder. Und neuerdings die Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen in einer Gesellschaft extremer Ungleichverteilung. In einem Fernsehinterview verteidigte kürzlich eine britische Landbewohnerin die Fuchsjagd mit dem Argument, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen.

Die Koppelung der Existenzberechtigung an die Arbeit beraubt uns grundsätzlich der Möglichkeit der Unterlassung. Der Beschäftigungsstaat ist deshalb der Feind einer ökologischen Vermeidungsgesellschaft.

Wir wirtschaften die Welt immer weiter kaputt, nur weil wir unsere Existenz an die Arbeit gekoppelt haben.

Eigentlich war ja die materielle Existenz der freigesetzten Arbeiter weiter gesichert, denn der bisher von ihnen erarbeitete Wohlstand wurde ja nach wie vor erwirtschaftet, nämlich

von den von ihnen gebauten Maschinen. Das hätte jedoch die ganze schöne Ideologie von der Sünde Nicht-Arbeit hinfällig gemacht und deren Bestrafung unwirksam. Also erhoben die Investoren flugs den Alleinanspruch auf die Maschinisierungsgewinne. Man muss sich das einmal vorstellen: Man lässt von Arbeitern die Maschinen bauen, durch die sie dann überflüssig werden. Dann entlässt man sie, nicht ohne vorher ihre Existenzberechtigung an eben jene Erwerbsarbeit geknüpft zu haben, die man ihnen wegnimmt. Anstatt Arbeit abzuschaffen, wird so ein fiktiver Arbeitsbedarf immer schneller vermehrt: Je mehr Maschinen gebaut, desto mehr Arbeiter müssen ersetzt, desto mehr neue Arbeit muss ständig neu erfunden werden. Dieser Mechanismus gleicht einem Kettenbriefspiel: nach unerhörter Anfangsdynamik bricht er irgendwann abrupt in sich zusammen. Die Anfangsdynamik haben wir im Frühkapitalismus erlebt. Der Zusammenbruch tritt dann ein, wenn der unerhörte, ständig zunehmende Beschleunigungszwang, der in der Mathematik des exponentiellen Wachstums steckt, sich nicht mehr durch exponentiell steigende Beschäftigungserfindung kompensieren lässt, wenn das Wegbrechen ganzer Branchen wie Kohle und Stahl nicht mehr durch einen erfundenen »Strukturwandel« aufgefangen werden kann.

Bei diesem Verprassen spielt das Bauen in den G7-Ländern eine zentrale Rolle. Es verbraucht von allen Branchen am meisten und am leichtfertigsten Energien, Materialien, Ressourcen und Landschaft; es erzeugt den bei weitem meisten Müll und Schutt; es nutzt am wenigsten die Möglichkeiten der Wiederverwendung; und es stellt am ungeniertesten den High-Tech-Bankpalast neben die Hütten der Favelas und Geçecondus,²⁶ deren Bewohner von den Kosten der Paläste jahrzehntelang mühelos ernährt werden könnten. Ein großer Teil der Architekten und Ingenieure sind die Erfüllungsgehilfen bei diesem Verprassen, nicht zuletzt, weil ihre Honorare nicht mit der Einsparung stei-

gen, sondern mit dem Verbrauch. Und weil eine nach wie vor höfische Baugeschichte den chromglitzernden Bankpalast noch immer mehr feiert als den intelligenten Sparbau. Es gibt keine Form des Verprassens, keine noch so absurde Negativ-Entwicklung, die von Architekten nicht sofort ästhetisiert würde. Je drückender die realen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme, desto zynischer die oberflächliche visuelle Verspieltheit der Architekturmoden. Es interessiert eben nicht das Sein, sondern nur das Design.

Natürlich kann die Welt nicht von der Architektur her verändert werden. Das zu zeigen, ist eines der zentralen Anliegen dieses Beitrags. Je williger sich aber manche Architekten als Erfüllungsgehilfen geben, desto eifriger bezeichnen sie sich gern als Weltverbesserer und »Gesellschaftsingenieure«. In Wirklichkeit sind sie doppelte Opfer der Beschäftigungsgesellschaft: um ihre eigene materielle Existenz zu erhalten, müssen sie ständig sinnlose Arbeitsplätze in Bauvolumen kleiden.

Warum die Strategien gegen die Arbeitslosigkeit nicht greifen

Mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann man inzwischen ganze Bibliotheken füllen. Die meisten dieser Vorschläge deuten das »Verschwinden der Arbeit« als Krise. Dass es einmal Menschheitsziel war, wird einfach vergessen. Noch bis vor kurzem wurde Arbeitslosigkeit als vorübergehende konjunkturelle Knappheit angesehen, als Ergebnis einer falschen Handhabung wirtschaftstheoretischer Erkenntnisse. Folgerichtig machen fast alle Vorschläge den gleichen Fehler: Sie versuchen durch allerlei Tricks, das Verschwinden der Arbeit aufzuhalten, die Beschäftigung wieder zu erhöhen, möglichst Vollbeschäftigung zu erzielen. Dazu gehören – wie schon

dargestellt – exponentielles Wachstum, Investitionsoffensiven, Standortwettbewerb und freier Welthandel, dazu gehören kurzfristige Konstruktionen wie ABM, zweiter Arbeitsmarkt, Mitverantwortungssteuer und marginale Lohnsubvention, dazu gehören »Kombilöhne« für arbeitswillige Sozialhilfeempfänger, dazu gehört die Hoffnung auf die Beschäftigungseffekte der Dienstleistungsgesellschaft und der Ökologie. Alle diese Vorschläge sind jedoch langfristig zum Scheitern verurteilt. Die sogenannte »Beschäftigungslücke« beträgt in Deutschland bei Einrechnung der nicht registrierten Arbeitswilligen mittlerweile sechs Millionen Arbeitsplätze. Diese Lücke lässt sich nicht mit instrumentellen Maßnahmen wieder füllen. Sie vergrößert sich stets schneller, als sie sich durch Strategien zuschütten lässt. Das »Verschwinden der Arbeit« lässt sich nicht kompensieren. Es lässt sich allenfalls besser verteilen. Zum Beispiel durch Teilzeitarbeit. Nach einer Untersuchung von McKinsey sind 60 % aller Arbeitsplätze teilbar und 38 % aller Vollzeitbeschäftigten teilungswillig. Daraus ergebe sich ein Potential von 1,9 Millionen neuen Teilzeitarbeitsplätzen, das sind immerhin 32 % der fehlenden sechs Millionen. Das Verschwinden der Arbeit jedoch ist keine Krise, sondern das Ergebnis menschlicher Intelligenz. Es liegt nicht nur im Interesse der Umwelt, sondern auch im Interesse der Lebensqualität. Um es provokativ auszudrücken: Arbeitslosigkeit ist das Ziel der Menschheit.

Dann gibt es die Auffassung, das Verschwinden der Arbeit betreffe nur die niedrigwertigen Qualarbeiten, während die Entfaltungsarbeit steige und die Eliten deshalb ständig Überstunden machen müssten. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Leiter des renommierten Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie äußerte kürzlich im Fernsehen, er könne sich keinen »Teilzeitbundeskanzler« vorstellen, wolle selber auch in Zukunft gerne weiter 60 Stunden pro Woche arbeiten.

Überstunden bei hochbezahlten Entfaltungsarbeiten und

Teilzeitarbeit im Niedriglohnbereich – das verschärft nicht nur weiter die Einkommensgegensätze, das verschärft auch den (ohnehin durch die Mediengesellschaft geschürten) Gegensatz zwischen Einflusslosen und Machteliten, wirkt der Demokratisierung entgegen. Der Gegensatz von zu wenig Gestaltungsfähigen und zu vielen Entfaltungsunfähigen ist ja bereits das Ergebnis von falscher Arbeits- und Bildungsverteilung aus der Vergangenheit. Die falsche Arbeitsteiligkeit von Denkern und Machern setzt sich fort bis in die Regierungsspitze. Wer regiert, hat keine Zeit mehr zum Denken und wer denkt, kandidiert kaum noch für Politik. Die Politik der Beschäftigungsgesellschaft endet in bloßer Beschäftigungshuberei. Verantwortung, Konfliktlösung und Zukunftsfähigkeit werden durch bloßes Darstellertum ersetzt. Weder kulthafte Personifizierung von Funktionen ist angebracht noch sinnlose Erfahrungsverschwendung durch Rotation, sondern vielmehr Delegation von realisierbarer, einklagbarer Verantwortung auf möglichst viele Schultern. Auch bei der Entfaltungs- und Einflussarbeit ist »full timeout«.

Entfaltungs- und Einflussarbeit nehmen nicht ab. Ihre gerechtere Verteilung ist Voraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen.

Beim »Wolfsburger Modell« ist zwar die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 28,8 Stunden wegweisend, nicht aber der Lohnausgleich von 12 %. Dieser ist sicher betriebswirtschaftlich kaum vermeidbar. Volkswirtschaftlich bedeutet er aber, dass die Maschinerisierungsfolgen, dass der Arbeitsabbau infolge Industrialisierung und Rationalisierung auch weiter einseitig von den Arbeitnehmern getragen wird, während die Kapitaleseite die Produktivitätserhöhung einsteckt. Selbst wenn davon ein Teil über wettbewerbsbedingte Produktverbilligung zurückgegeben

würde, wird die Zunahme der Ungleichverteilung nicht aufgehoben. Insgesamt hat die Hinnahme von Reallohnverlusten wohl mehr mit der Schwäche und Sinnkrise der Gewerkschaften zu tun als mit weitsichtiger Verteilungspolitik.

Lange Zeit glaubte man, die von den Maschinen übernommene Arbeit werde sukzessiv durch Dienstleistungen ersetzt. Inzwischen unterliegen auch die Dienstleistungen zunehmend der Automation. Ohnehin lässt sich kein Zustand denken, in dem alle Bürger durchschnittlich mehr Dienstleistungen produzieren als empfangen. Arbeitsteilung und Spezialisierung führen zwar zu einer Höherqualifizierung der angebotenen Leistung, gleichzeitig aber auch immer zu einer Rationalisierung, d. h. zu einer Abnahme des pro Leistung aufgewandten Arbeitsvolumens, sonst wären sie sinnlos. Nicht zuletzt die Informations- und Kultursektoren zeigen, wie emanzipationsfeindlich eine Überpezialisierung sein kann. Fünf Prozent Spezialisten definieren zunehmend Kultur und Meinung einer weitgehend passiv rezeptiven Bevölkerungsmehrheit von 95 %. Auch in der Architektur geht der Weg des Nachfunktionalismus nicht gerade zu mehr Nutzermitbestimmung. Und von dem überdurchschnittlich hochwertigen Dienstleistungsangebot etwa im indischen Elektronikbereich hat die überwiegende Bevölkerungsmehrheit dort fast gar nichts. Sowohl Qualifikation als auch deren Inanspruchnahme bleiben auf Eliten beschränkt. Schon spricht der deutsche Wirtschaftsminister ungeniert in Gutsherrenart von »niedrigwertigen« Arbeiten und der »Schaffung eines Niedriglohnbereichs«. In den USA arbeiten bereits 35 % der Werktätigen in solchen außertariflichen Bereichen, hauptsächlich im Reinigungs-, Landwirtschafts- und Gaststättenbereich. Und die deutsche Industrie klagt, bei uns werde diese Entwicklung durch das zu dichte soziale Netz unnötig gebremst. Die in der Industrialisierung, in der »produktiven Substitution« (Gorz) steckende Chance zur Qualifizierung der Arbeit und Befrei-

ung von Arbeit wird umgekehrt: ihre Ungleichverteilung und ihre Koppelung an die Existenzberechtigung werden benutzt, um entindustrialisierte, entqualifizierte und abhängige Tätigkeiten zu erzeugen. Die Reichen werden in die Lage versetzt, den Armen ihre Selbstverwirklichung abzukaufen. »Südafrikanisierung« nannte Gorz diese Form des Marsches in die Zweidrittelgesellschaft. An die Stelle der Dienstleistungsgesellschaft tritt die Dienstbotengesellschaft.

Auch die ständig neu entstehenden Arbeitspotentiale kompensieren nicht die verschwindende Arbeit, erhöhen nicht das Gesamtpotential. Das Worldwatch Institute und Hermann Scheer rechnen vor, dass für Windenergie fünfmal so viele Menschen pro erzeugter Energie-Einheit beschäftigt werden müssen wie für Atomstrom.²⁷ Auch für Solarenergie wird mit dem Arbeitsplatzargument geworben. Die Konsequenz aus solcher Argumentation wäre, dass wir auch zur 50-cm-Natursteinwand zurückkehren. Sie ist immer noch die bauphysikalisch, energetisch und wohnmedizinisch beste Außenwand, und sie schafft die meisten Arbeitsplätze. Trotzdem wäre das natürlich falsch: Solarenergie ist im Gegensatz zur Natursteinwand eine intelligente, hochindustrielle Technologie. Sie hat es nicht nötig, mit reaktionären, anti-industriellen Argumenten verteidigt zu werden. Grundsätzlich ist alle Kleintechnologie nicht nur ökologischer, sondern auch beschäftigungsintensiver als Großtechnologie. Dennoch wird auch eine Umstellung auf ökologische Kleintechnologie langfristig nicht zur Vollbeschäftigung zurückführen. Sie wird das Verschwinden der Arbeit allenfalls in der Umstellungsphase vorübergehend bremsen.

Von Binswanger stammt der alte Vorschlag, die Ressourcen zu verteuern und im Gegenzug die Arbeit zu verbilligen. Der Staat entlastet mit den höheren Einnahmen aus Ressourcensteuern die Unternehmer von den Nebenkosten der Arbeit. In der Bilanz bleibt die Verteilung von Einnahmen und Belastun-

gen bei Unternehmen, Staat und Arbeitnehmern gleich. Der Ressourcenverbrauch wird durch höhere Preise gedämpft, die Arbeitsnachfrage durch niedrigere Kosten stimuliert. Lohnintensive, aber materialextensive Techniken hätten wieder eine Chance: Recycling, Wiederverwendung, Fachwerk- gegenüber Vollwandkonstruktionen, Baukastensysteme gegenüber Plattenbauweisen, Freilandhühner gegenüber Massentierhaltung, lokaler Anbau gegenüber Import von Chemietomaten. Vor allem die Verteuerung von Energien würde unsinnige Zentralisierungen und Transporte vermeiden, alternative Energien und sorgfältigere Wärmedämmung wirtschaftlich machen und die Entdichtung und Auflösung der Städte bremsen.

Tatsächlich begünstigt das jetzige Steuersystem bekanntlich die Arbeitsplatzvernichtung wie die Umweltbelastung, anstatt beide zu erschweren. Durch zu starke Besteuerung der Arbeit treibt der Staat die Arbeitskosten hoch und ermuntert die Unternehmer, Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Und durch die Abschreibungsmöglichkeiten der Kraftstoffkosten für Betriebsheizungen und Betriebsfahrzeuge, von Pestizid- und Düngemiteleinsätzen sowie durch die direkte Subvention von Dieselmotoren heizt der Staat die Umweltbelastung an. Binswanger und nach ihm inzwischen zahlreiche Umwelt- und Wirtschaftsinstitute wollen die Besteuerung deshalb umkehren: hohe Energiesteuern und geringere Arbeitssteuern. Zahlreiche europäische Länder wie Holland, Belgien, Dänemark und Großbritannien sind bereits auf diesem Wege.

Eine Verteuerung der Ressourcen ist ökologisch dringend notwendig. Ernst zu nehmende Einwände dagegen gibt es nicht. Mit der Verbilligung der Arbeit will Binswanger einen Ausgleich für die Unternehmer schaffen, um sie im internationalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Der Vorschlag wäre umverteilungs- und sozialneutral. Auch eine konservative Regierung hätte ihn längst realisieren können. Der Vorschlag

setzt allerdings voraus, dass die Unternehmer nicht nur die Ressourcen-Verteuerung an die Konsumenten weitergeben, sondern auch die Verbilligung der Arbeit, so dass die Verbraucherpreise gleich bleiben. Diese Annahme ist ungefähr so blauäugig wie die Erwartung, die Unternehmer würden ihre Maschinisierungsgewinne freiwillig an die Bevölkerung weitergeben. In einer Zeit der krassen Auseinanderentwicklung der Einkommen und Vermögen sind Schutzmaßnahmen für Unternehmer kontraproduktiv. Sie stützen die Akkumulation der Maschinisierungsgewinne und des vagabundierenden Kapitals, entwerten die Arbeit weiter und verstärken die Entwicklung zur Dienstbotengesellschaft. Das Verschwinden der Arbeit werden sie vielleicht vorübergehend bremsen, aber nicht langfristig aufhalten. Jedes Unternehmergehenk des Staates müsste von den Gewerkschaften mühsam zurückerkämpft werden – ein aussichtsloses Unterfangen in einer Gesellschaft, in der die Medien fast ausschließlich im Besitz von Verteidigern des Status quo sind.

Natürlich ist die Reduzierung der Lohnnebenkosten nicht mit der Schaffung von Niedriglohnbereichen gleichzusetzen. Dennoch gilt:

Alle Verbilligung der Arbeit fördert deren Verschwendung, fördert den allzu sorglosen Umgang mit ihr, fördert den Beschäftigungsstaat und hemmt so letzten Endes wirkliche Innovation. Denn intelligente Innovation ist in der Bilanz immer arbeitsvermeidend.

Wenn also alle aufgezählten Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben – wie kann der Arbeitslosigkeit begegnet werden? Langfristig haben nur Vorschläge Aussicht auf Erfolg, die das »Verschwinden der Arbeit« konsequent bejahen und den einseitigen Zugriff auf die Maschinisierungsgewinne auszugleichen suchen.

Wo bleiben die Maschinisierungsgewinne?

Arbeitslosigkeit ist in mehrfacher Hinsicht ein Verteilungsproblem. Nicht nur die verbleibenden Arbeitsvolumina müssen gerecht verteilt werden, sondern auch die Maschinisierungsgewinne. Bei einem »normalen« Verlauf der Industrialisierung wären sie der Bevölkerung zugutegekommen. Das Geld, das vorher von Arbeitern und jetzt von Maschinen verdient wurde, hätte die Bevölkerung von Qualarbeit entlastet, hätte es ihr ermöglicht, einen zunehmenden Teil ihrer Lebenszeit eigener Entfaltungswarbeit, Kreativität und Emanzipation zu widmen. Die Industrialisierung hätte ihren eigentlichen Sinn entfalten können: die Befreiung von menschlicher Qualarbeit und deren Delegation an Maschinen und Automaten.

Die Maschinisierungsgewinne kamen aber nur zu einem sehr geringen Teil oder gar nicht bei der Bevölkerung an. Von 1979 bis 1990 stieg das Bruttosozialprodukt um 27 % an, die Netto-reallöhne nur um 6,5 %, das sind 0,5 % pro Jahr. Neuerdings fallen sie nur noch. Dem werden der immer höhere Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz sowie die immer weiter gestiegenen Sozialbeiträge entgegengehalten. Diese Hinweise nützen allerdings wenig, weil nicht festzustellen ist, wieviel davon über die Preise wieder abgewälzt wird. Selbst nach den Firmenaufkäufen und den gewaltigen Transaktionen bleiben ja noch erhebliche Gewinne. Die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betragen jährlich weit über 600 Mrd. DM. Nach Abzug der Zins- und Mieteinkünfte der privaten Haushalte und der kalkulatorischen Unternehmerlöhne betragen sie von 1990 bis 1994 jährlich im Mittel 192 Mrd. DM. Von 1987 bis 1994 stiegen sie jährlich im Mittel um 8,2 %. Insgesamt wird übersehen, dass der erwirtschaftete Wohlstand ja nur noch einen Bruchteil des Arbeitsvolumens in Anspruch nimmt und dass ein zunehmen-

der Teil der Bevölkerung seine Existenz nicht nur ohne Arbeit sicherstellt, sondern auch ohne jede Beteiligung an gesellschaftlicher Wertschöpfung. Gerade die großen Einkommen entstanden auf diese Weise. Die bloße private Vorteilsvermehrung auf Kosten anderer wird sogar noch als Arbeit deklariert und wer sie ausführt als »Leistungsträger« – und dies, obwohl die materielle Leistung ja keineswegs von ihm erbracht, sondern allenfalls erdacht, initiiert, verwaltet oder moderiert wird.

Maschinen und eine immer kleiner werdende produktive Minderheit erwirtschaften so den Wohlstand einer immer größer werdenden unproduktiven oder sogar nichtarbeitenden Mehrheit. Die Koppelung der Existenzberechtigung an die verschwindende Arbeit hält die Nachfrage nach Arbeit stets größer als das noch zu leistende Volumen und entwertet so die verbliebene menschliche Qualarbeit. Die Differenz zwischen Nachfrage und Angebot wird nicht in Befreiung von Arbeit umgesetzt, sondern von einer wachsenden Dienstbotenschicht gefüllt, die vor allem die nichtarbeitenden Besitzenden zu bedienen hat.

Wo aber bleiben die immensen, in einer meist exponentiell ansteigenden Produktion von den Maschinen erwirtschafteten Gewinne, wenn die Nettoeallöhne nicht steigen, sondern sogar sinken? Ein Teil gelangt tatsächlich an die Bevölkerung durch Verbilligung zahlreicher Produkte, die die Kaufkraft der Löhne wieder etwas erhöht. Ein größerer Teil wird für Reinvestitionen im Rahmen des internationalen, sogenannten »Standort-Wettbewerbs« verwendet. Zum einen ist dies tatsächlich ein Wettbewerb um technische Innovationen, teilweise allerdings für einen weitgehend fiktiven, künstlich erzeugten Bedarf wie etwa an Rüstung, Unterhaltungselektronik oder an dem privaten Cyberspace-Riech-Fühl-Kino. Zum anderen ist es der Wettbewerb der übernationalen Konzerne, möglichst viel vom verbliebenen Weltarbeitsbedarf durch Senkung der Arbeitskosten an sich zu ziehen. Auch so wird den Bevölkerungen durch So-

zialdumping wiederum ihr Anteil an den Maschinerisierungsgewinnen entzogen.

Ein dritter, noch größerer Teil der Maschinerisierungsgewinne versickert in den gewaltigen internationalen Finanzoperationen und Firmenaufkäufen. Auch diese Operationen erzeugen letztlich keinerlei Wertschöpfung. Sie wirken sich auf konkrete wirtschaftliche Größen wie Investitionen, Produktion, Kapazität und Konsum überhaupt nicht aus. Wenn die Allianz für 5 Mrd. DM die britische Cornhill-Versicherung kauft, passiert konkret nichts außer dem Machtzuwachs der Allianz-Vorstände. Zwar gelangt auch dieses Geld irgendwann in den Kreislauf zurück. Konsum oder Nettoeallöhne wird es jedoch kaum beeinflussen. Gleichwohl sind auch diese Gelder irgendwann einmal erwirtschaftet worden, haben dazu beigetragen, die gewaltigen Material- und Energieströme unseres Globus zu erhöhen.

Schließlich wird jährlich global die kaum vorstellbare Summe von 10 Billionen Dollar für Finanzwetten (Optionen, Derivate usw.) bewegt. Auch diese Summe erzeugt keine Wertschöpfung, ist nicht einmal durch reale Werte abgesichert. US-Banken bewegen das bis zu 28-fache ihrer Bilanzsumme.

Geld verliert mehr und mehr seine Funktion als Maß für Arbeit und reale Werte. Es wird zum bloßen Vorwand für private Besitz- und Machtoperationen.

Dieser Teil der Geldmenge wird staatlicher Kontrolle und Verteilungspolitik entzogen. Es können keine Schulen damit gebaut, keine öffentlichen Verkehrsmittel damit saniert, keine ökologischen Maßnahmen damit getroffen werden. Staatsmacht wird immer mehr dereguliert, löst sich auf, geht an unkontrollierbare überstaatliche Fonds und Konzerne über. Quelle dieser Deregulierung sind letztlich die Maschinerisierungsgewinne, die ursprünglich einmal der Befreiung von Qualarbeit dienen sollten.

Die Demokratie verfestigt diese Entwicklung. Die Ungleichverteilung der verschwindenden Arbeit macht das Arbeitsinteresse zum Anliegen einer ständig vom Abstieg bedrohten Minderheit. Besitz- und Spekulationsinteressen dagegen, die nichts zur tatsächlichen Wertschöpfung beitragen, werden zum Anliegen einer Mehrheit gemacht, der suggeriert wird, sie stelle die eigentlichen Leistungsträger. Die Summe der privaten Geldvermögen in Deutschland beträgt ohne Immobilien und Sachwerte 4 Billionen DM. Über die Hälfte dieses Vermögens befindet sich in der Hand von nur 5 % der Bevölkerung. Sie besitzen im Mittel pro Kopf eine halbe Million. 65 % haben im Mittel 38 500 DM und 30 % haben gar nichts und auch keinerlei Aussicht auf irgendetwas. Für die 65 % in der Mitte werden mittlerweile die Börsenmitteilungen in den Nachrichten gesendet. Sie haben gerade soviel Anteil am Gesamtvermögen, dass sie an einer Erhaltung des bestehenden Zustands interessiert sind. Ihr politisches Interesse ist auf Sicherung ihres kleinen Anteils ausgerichtet und wirkt so der weiteren Auseinanderentwicklung der Vermögen zumindest nicht entgegen. Die Dimension dieser Auseinanderentwicklung geht über den »geschichtlich einmaligen Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital« (Negt) längst hinaus.

Eine gewaltige international bewegte Billionensumme dient letztlich keinerlei Wertschöpfung. Sie ist demokratischer Verfügung entzogen, ist aber natürlich irgendwann irgendwo von Maschinen und Menschen erwirtschaftet worden. Das heißt aber, ein großer Teil der gewaltigen Material- und Energieströme, die wir zu Lasten der Entropie unseres Globus erzeugen und bewegen, dient nur dazu, staatlich und demokratisch weitgehend unkontrollierbare internationale Finanzmacht zu erzeugen. Es ist ähnlich, wie mit der Gewinnung von Gold, Platin, Silber und Diamanten: Bei Gold und Platin verhält sich die Zielmaterie zu den erforderlichen Materialbewegungen (Abraum)

wie 1 : 350 000.²⁸ Auch diese gigantische Entropie-Vermehrung erzeugt keinerlei reale Wertschöpfung, sondern stärkt nur die internationale Finanzmacht.

Wohlstand oder Schaden?

Vor der Industrialisierung stieg der Qualcharakter der Arbeit jeweils mit ihrer Materialintensität. Eine Befreiung von Qualarbeit hätte damals auch zu einer Abnahme des Material- und Energieumsatzes geführt. Das änderte sich durch die Maschinisierung und den Zugriff auf die fossilen Brennstoffe. Sie machten eine gewaltige Erhöhung der Material- und Energieströme möglich und vervielfachten gleichzeitig die Qualarbeit in einem bisher nicht gekannten Ausmaß.

Gleichwohl ist das eigentliche Wesen der Industrialisierung ebensowenig auf die Erhöhung der Material- und Energieströme ausgerichtet wie auf die Erhöhung von Qualarbeit. Industrialisierung strebt immer die intelligenteste Lösung an, das günstigste Kosten-Nutzen-Verhältnis, den tragfähigsten Baustoff, die schlankeste Konstruktion, die höchste Lebensdauer, den belastbarsten Kleber, das wirtschaftlichste Fortbewegungsmittel, den kürzesten Weg.

Anstatt nun die Befreiung von Arbeit zu begrüßen, die ökologiefeindlichen Material- und Energieströme aber zu drosseln, verfahren die Volkswirtschaften genau umgekehrt: sie versuchen den Material- und Energieumsatz ständig zu erhöhen, das Verschwinden der Arbeit aber zu bremsen.

Die Verschwendung von Material und Energie geht ebenso wie die Vermehrung der Qualarbeit auf eine Pervertierung des ursprünglichen Industrialisierungsgedankens zurück. Die Ursache

für diese Pervertierung liegt nicht so sehr in der Maschinerisierung oder im Zugriff auf die fossilen Brennstoffe – denn beides zwingt ja keineswegs zur Verschwendung. Die Ursache liegt vielmehr im Profitprinzip, verbunden mit der herrschenden Ideologie der Arbeit. Die kurzlebige Glühbirne und der kurzlebige Gewerbebau verschaffen nicht nur mehr Profit, sondern auch mehr Arbeit. Die Beschäftigungslüge macht jeden Lohn- und Gehaltsabhängigen aus Existenzinteresse zum Verbündeten der Verschwendung: der Fischer will die Meere überfischen, der Landwirt die Vernichtung seiner Überproduktion, der Rüstungsarbeiter die Rüstung, der Chemiarbeiter den Giftexport und der Bauschaffende die Neuausweisung von Bauland. Die Politik bedient sich skrupellos der so erzeugten Abstiegsangst, die sie eigentlich zu vermeiden hätte.

Das betriebswirtschaftliche Denken überwuchert das volkswirtschaftliche. Umsatzorientierung und Zentralisierung haben die gleichen Ursachen: die bessere betriebliche Rentabilität bei höheren Produktziffern (Ausnutzung der Maschinen und des Verwaltungs- und Vertriebsapparates) und die Konzentrationsmechanismen des Geldes.

Natürlich lässt sich bei High-Tech- und Großproduktion mit geringer Stückzahl eine Zentralisierung der Produktionen nicht vermeiden, also bei Großrechnern, Großteleskopen oder Düsenflugzeugen. Bei Massenprodukten dagegen ist sie meist unsinnig. Es ist unsinnig, holländische Chemiegurken in die Mittelmeerländer zu exportieren oder die europäische Produktion von Unterlegscheiben aus historischen Gründen überwiegend im Sauerland anzusiedeln. Bei einer normal funktionierenden Volkswirtschaft würde die größere Rentabilität der Zentralisierung durch den höheren Transport- und Umschlagaufwand wieder zunichte gemacht.

Die Volkswirtschaft funktioniert aber nicht »normal«. Bei einer Dezentralisierung auf zehn Unternehmen könnten diese

zum Beispiel bei gleichem Preis aufgrund der geringen Transportkosten zusammen viermal so viel Gewinn machen, wie das eine zentralisierte Unternehmen. Aber das zentrale Unternehmen kann mangels Konkurrenz und trotz höheren Transportaufwandes mehr Gewinn machen als jedes der zehn Einzelunternehmen. Aus einem volkswirtschaftlichen Nachteil wird so ein betriebswirtschaftlicher Vorteil.

In der volkswirtschaftlichen Bilanz entsteht eigentlich ein Schaden: Vorhaltungen, Belastungen und Folgeschäden sind größer als bei dezentralisierter Produktion: Es müssen mehr Fahrzeuge, Straßen, Umschlagplätze und Lagerhallen gebaut werden, es wird mehr vermeidbare Arbeit erzeugt, mehr Treibstoff verbraucht, mehr Lärmbelästigung und Naturzerstörung verursacht, von Unfällen und sonstigen Folgekosten ganz zu schweigen. Es werden also erhebliche Mittel gebunden, die sonst in Wohlstand verwandelt werden könnten, z. B. in Kindergärten.

In der betriebswirtschaftlichen Bilanz des Produzenten schlägt sich dies kaum nieder, weil etwa Straßenbau und Gesundheitsschäden aus Gemeinkosten bestritten, die Naturzerstörungen auf spätere Generationen abgewälzt und die Energiepreise durch militärisches oder soziales Dumping niedrig gehalten werden (Golfkrieg, südafrikanische Bergarbeiterlöhne).

Aber auch in der sogenannten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwandelt sich der Schaden auf geheimnisvolle Weise in Wohlstand. Nicht nur, dass die vermeidbaren Investitionen, die unnötigen Fahrzeuge, Straßen und Lagerhallen, sich auf der Habenseite als erhöhter Wohlstand niederschlagen; nicht nur, dass Unfallschäden und Gesundheitskosten positiv in das Bruttosozialprodukt eingerechnet werden – vor allem die Verdienste der unnötig beschäftigten Fernfahrer, Straßenbauer, Treibstoffhändler und Unfallchirurgen erhöhen den Wohlstand, denn ohne die Zentralisierung hätte es diese Verdienste ja nicht

gegeben. Diese Verdienste werden wiederum ausgegeben, heizen den Konsum, die Produktion an anderer Stelle an.

Beflügeln also volkswirtschaftliche Schäden die Konjunktur? Müssen wir immerzu die Bevölkerung mit sinnloser Arbeit beschäftigen, damit wir unseren Wohlstand erhalten? Müssen wir immer arbeitsaufwendige Nachsorge und Reparatur betreiben statt Vorsorge und Arbeitsvermeidung? Die Antwort ist an sich furchtbar einfach, stellt aber in den Denkwelten der Ökonomen ein ungeheuerliches Sakrileg dar:

Die bisherige, unumstößliche Koppelung von Arbeit und Existenzberechtigung muss aufgehoben werden. Auf deutsch: man muss den Leuten das Geld auch dann geben, wenn sie nicht arbeiten und keinen Schaden anrichten.

Das berühmte englische Beispiel von den Heizern der Dampf-loks, die auf Gewerkschaftsdruck auch auf Dieselloks weiter mitfahren mussten und bezahlt wurden, war gar nicht ganz falsch. Falsch war nicht, dass sie weiter bezahlt wurden, sondern nur, dass sie auch weiter mitfahren mussten.

Welcher Handel erhöht den Wohlstand?

Was hat Handel mit Bauen zu tun? Handel vermehrt Entropie. Er ist nicht nur für einen Großteil der vermeidbaren Material- und Energieströme verantwortlich, er erzeugt auch jenes überall gleiche Gemisch verschiedenster Produkte, das dann in deutschen Baumärkten genauso aussieht wie in amerikanischen und spanischen.

Ein großer Teil der Material- und Energieströme, die die Entropie unseres Globus erhöhen, wird durch den sogenannten »freien« Welthandel ausgelöst. Zahlreiche internationale Or-

ganisationen, allen voran die GATT-Behörde, haben sich der Erhöhung dieses Handels und damit der Erhöhung der Entropie verschrieben. Dabei wird so getan, als erhöhe Handel prinzipiell den Wohlstand. Alle europäischen Regierungen behaupten, die Europäische Union bringe ihnen nur wirtschaftliche Vorteile. Handel sei also eine Art Perpetuum mobile, das allen Vorteile, aber niemandem Nachteile bringt. Folgerichtig hat die OECD errechnet, durch GATT werde die Weltwirtschaftsleistung bis zum Jahr 2002 um 274 Mrd. Dollar ansteigen.

Natürlich gibt es einen Handel, der sinnvoll ist. Sinnvoller Handel baut naturgegebene, historische oder soziale Disparitäten ab. Er hilft, einseitige Wirtschaftspotentiale arbeitsteilig auszugleichen, so dass möglichst alle Länder Erdöl, Kaffee und Düsenflugzeuge erwerben können, auch wenn sie diese nicht selbst besitzen oder produzieren können. Und bis der Ostblock seine eigenen Energiesparlampen produzieren kann, kann es ausnahmsweise vorübergehend sinnvoll sein, sie vom Westen in Ungarn produzieren zu lassen. Diese Form des Handels ermöglicht den Nationen die Verfügung über sonst unerreichbare Ressourcen und Produkte. Er erhöht Produktivität und somit den Wohlstand, sowohl in der Gesamtbilanz als auch bei den beteiligten Nationen.

Nun ist aber ein ausgeglichenes Austauschverhältnis bekanntlich nicht das Ziel sogenannter Nationalökonomie. Deren ungezieltes Ziel ist es vielmehr, den jeweils anderen Nationen negative Handelsbilanzen zuzufügen, Märkte abzujagen und sogenannte »mobile Produktionsfaktoren« wie Kapital, Arbeitskräfte und Unternehmen abzuwerben. »Standortwettbewerb« nennt man diese Form des Wirtschaftskrieges vornehm. Das hört sich nach Sängerkrieg oder Architekturwettbewerb an, nach Kampf der Edlen zur Ermittlung der Besten und ohne Schaden für die jeweils Unterlegenen. Tatsächlich ist es jedoch auch Legitimation des Bemühens, dem jeweils anderen zu schaden: Selbst im the-

oretischen Mittel kann das Streben nach dem eigenen positiven Austauschverhältnis bestenfalls in der Hälfte der Fälle erfolgreich sein. In Wirklichkeit wird der Vorteil weniger (Industrieländer) durch die Nachteile vieler (Entwicklungsländer) erkauft. Billigarbeit wird zur Ressource erklärt und zieht die Unternehmen an wie Erdöl. Die Nationen fechten Turniere aus auf Kosten ihrer Bevölkerungen. Wer sein Volk am kürzesten hält, gewinnt. Gleichwohl ist es der Motor der gewaltigen und sinnlosen internationalen Materialströme, bei der am Ende die Amerikaner deutsche Truthähne essen und die Deutschen amerikanische, bei der holländische Chemiegurken in die Mittelmeerländer transportiert werden, Pestizide in die Entwicklungsländer und pestizidverseuchte brasilianische Schnittblumen per Flugzeug nach Europa, bei der aber auch mit Milliarden-Subventionen auf den kanarischen Inseln die Produktion europäischer Treibhausbananen aufgebaut wird, um den Import aus den außereuropäischen Naturheimaten der Banane zu verhindern. Das wird dann als Steigerung der Welt-Wirtschaftsleistung ausgelegt.

Dieser sinnlose Handel mit alltäglichen, überall produzierbaren Agrar- und Konsumartikeln, mit Truthähnen, Spielzeug und Gurken fördert noch nicht einmal den vielbeschworenen internationalen Technologie-Wettbewerb. Er baut bekanntlich auch keine internationalen Disparitäten ab, sondern erzeugt sie geradezu: er erhöht das Wohlstandsgefälle zwischen »Erster« und »Dritter Welt«, bringt den Industriestaaten einseitig die sogenannten »komparativen« Vorteile und den Entwicklungsländern die »komparativen« Nachteile, nicht zuletzt, weil diese keine Einigkeit in der Preispolitik zustande bringen und weil dort wenige Privatbesitzer die Ressourcen-Reichtümer auf Kosten der Bevölkerungen zu Schlussverkaufspreisen verramschen. 80 % der globalen Stoffströme werden von den Industrieländern erzeugt und beansprucht. Aber selbst hier kommen die »komparativen« Vorteile kaum bei der Bevölkerung an: In den neun Jahren

von 1980 bis 1988 hat sich der Ausfuhrüberschuss von 8,9 auf 134,7 Mrd. verfünzfach, während die Nettoreallöhne nicht gestiegen sind, seit 1991 sogar wieder fallen (Abb. 17).

Dieser Handel ist keine Wertschöpfung, kein Perpetuum mobile. Er kann prinzipiell nicht allen Nationen gleichzeitig Vorteile bringen. Dieser Handel erhöht keineswegs den Wohlstand, sondern verringert ihn.

Alle diese Erkenntnisse sind nicht neu. Sie wurden im Prinzip bereits 1760 von Quesnay und den Physiokraten formuliert. Und Schmidt-Bleek sagt 1994: »Freihandel mit den Gütern von heute ist die Subventionierung der Zerstörung der Umwelt«. ²⁹

Handel erhöht zwar den Wettbewerbsdruck und drückt so auf die Preise. So können amerikanische Truthähne in Deutschland billiger werden als deutsche und deutsche Werkzeugmaschinen in den USA billiger als amerikanische. Sind die Gesamtkosten der Truthähne so groß wie die der Werkzeugmaschinen, ist also die Zahlungsbilanz ausgeglichen, bedeutet dies jedoch keine Erhöhung der realen Wertschöpfung und Wirtschaftsleistung, sondern nur unnötige Transportkosten.

Dieser Handel verschafft nur wenigen Händlern und Kapitaleignern Vorteile auf Kosten der Bevölkerungen. Bei ausgeglichenem Austauschverhältnis und Handel mit importunabhängigen Gütern entsteht kein Wohlstand: würden vielmehr alle ihre eigenen Truthähne, Gurken und Schnittblumen produzieren und konsumieren, könnten beide Seiten die Transport- und Umschlagkosten sparen und in tatsächlichen Wohlstand umsetzen, z. B. in den Bau von Kindergärten. Oder sie könnten den panamaischen Reedern und philippinischen Matrosen die entgangenen Verdienste auszahlen, ohne dass sie sinnlos hin- und herfahren. Dann hätten sie immer noch die Treibstoffkosten gespart und etwas für die Ökologie getan.

Die abstruse Vorstellung, Nationen seien wie Unternehmen und müssten dementsprechend handeln, ist von dem US-Öko-

nomen Paul Krugman gründlich ad absurdum geführt worden. Nationen produzieren in der Regel bis zu 90 % für den Inlandsbedarf (USA), also für die eigene Belegschaft, können nicht einfach ihre Bevölkerungen entlassen und lösen sich bei Konkurs auch nicht auf.

Tatsächlich ist der Wohlstand eines Landes fast ausschließlich von der eigenen im Lande erzielten realen Wertschöpfung abhängig und nur sehr entfernt davon, wie es anderen Ländern geht. In ressourcenreichen Ländern wird diese Wertschöpfung mit weniger Arbeitsanteil erreicht, in ressourcenarmen Ländern muss sie durch höheren Arbeitsanteil ausgeglichen werden. Beide Arten von Ländern können nicht ohne Austausch leben. Dieser Austausch ändert aber nichts an dem vorher erwirtschafteten Wohlstand. Er erhöht ihn vor allem nicht. Im Gegenteil: gegenüber autarken Ländern, die ohne einen solchen Austausch auskommen, wird er durch die Handels- und Transportkosten eher verringert. Handelsvolumen hat fast kaum etwas mit Wohlstand zu tun. In den prosperierenden 50er Jahren hatten die USA ein bei weitem geringeres Handelsvolumen als Mexiko heute, dessen Wertschöpfung zum größten Teil vom Schuldendienst aufgeessen wird.

Ein großer Teil des heutigen Handels geht auf unsinnige und antiökologische Zentralisierung der Produktionen zurück und erzeugt so Material- und Energieströme, die ohne Wohlstandsverzicht vermeidbar wären. Ursachen und Folgen dieser Zentralisierung habe ich bereits dargestellt. Hauptursache ist die internationale Kapitalkonzentration. Der sogenannte »freie« Welthandel trägt auch dazu bei, dass die internationalen Finanzoperationen der Konzerne staatlicher Kontrolle und Regulierung entzogen werden. Ein großer Teil der gewaltigen Material- und Energieströme wird nur bewegt, ein großer Teil der Umwelt nur zerstört, um internationale Finanzmacht zu erzeugen.

Schmidt-Bleek³⁰ fordert deshalb zu Recht, den Handel mit umweltschädlichen Produkten und Auflagen, Restriktionen oder Zöllen zu versehen, ähnlich wie bei Rüstung, Medikamenten und Drogen. Dazu müssten dann wohl in erster Linie Kettensägen und Baumaschinen gerechnet werden, die vermutlich an der Umwelt mehr Schäden angerichtet haben als Panzer. Nicht umsonst sind Kettensägen in weiten Teilen Indiens verboten. Zum regelrechten Verbrechen wird der Handel mit Hormonen, Tierfutter und verseuchtem Rindfleisch. Obwohl der Kreis der Profiteure hier sehr klein ist, bleibt die Politik bisher machtlos.

Dematerialisierung, Dezentralisierung, Ressourcen- und Transportverteuerung – Ökologie müsste zu einer weitestmöglichen Regionalisierung führen. Das Gegenteil von Regionalisierung ist das international überall gleiche Gemisch aus Strukturfremdem, nicht zueinander Passendem – das Maximum an Entropie.

Die Frage des Handels ist zurzeit in Europa von besonderer Aktualität. Wird es ein Europa der sinnlosen Vermischung geben, der Lastwagen, der bürokratischen Angleichungswut auf jeweils niedrigstem Niveau, bei der Umweltrücksichten, Reinheit und Hygiene als unlautere Handelshemmnisse und Eigenbegünstigung ausgelegt werden? Wird es ein Europa sadistischer Tiertransporte, überwärmter Kühl-Laster, übermüdeten Fahrer und abnehmender Sicherheitsstandards? Werden wir in allen Ländern das gleiche Gemisch aus taiwanesischem Spielzeug, giftigen Import-Textilien und indischer Software vorfinden? Werden wir in Düsseldorf Waschbeton aus Carrara-Kieselsteinchen verwenden und in Spanien schwedische Holzkonstruktionen? Das Adjektiv »frei« vor Welthandel signalisiert längst Permissivität, Verwahrlosung und Manchester-Liberalismus.

Man kann jetzt eine Reihe vernünftiger Forderungen aufstellen:

- Dematerialisierung von Handel und Produktion
- Verteuerung der Ressourcen, insbesondere auch der Transportenergien
- Dezentralisierung der Produktionen
- Einschränkung schädlichen und vermeidbaren Handels.

Handel müsste mehr und mehr zu einem Austausch von immateriellem Knowhow, von Wissen, Fähigkeiten und Informationen werden. Ein frühes Beispiel aus dem Bauwesen war hierfür das Brockhouse-System (Abb. 21). Das war ein ursprünglich englisches Baukasten-System, mit dem in den 60er und 70er Jahren zwei Universitäten und über 160 Schulen in Europa gebaut wurden, hauptsächlich in England und Deutschland. Während die Konkurrenz-Systeme dazu tonnenschwere Betonfertigteile durch die ganze Republik fuhren, handelte Brockhouse nur mit Ingenieurleistungen. Die Systemteile wurden weitgehend vor Ort in Lizenz nach genauen Zeichnungen und Anleitungen produziert. Lediglich einige materialextensive Teile wurden zentral hergestellt. Alle Teile wurden trocken montiert und waren prinzipiell wiederverwendbar. Das Brockhouse-System wurde – wie so manches andere – ein Opfer des zu Beginn der 80er Jahre einsetzenden technischen und ästhetischen Rollbacks. Heute erleben wir eine Renaissance des Kübelwagen-Ortbetons. Auch das ist ein Stück Regionalisierung, allerdings auf sehr niedrigem Niveau, ein Maximum an Materialintensität und Recyclingfeindlichkeit, allerdings auch an Lebensdauer.

Alle bis hier erhobenen Forderungen lassen sich leicht aufstellen aber schwer realisieren. Alle Formen von Prohibition fördern Schwarzmarkt und Kriminalität, solange nicht die eigentlichen Ursachen beseitigt sind. Diese Ursachen sind aber vor allem

- die ungebremsten Konzentrationsmechanismen des Geldes – das Primat einer international organisierten Wirtschaft gegenüber einer immer schwächeren nationalen Politik
- die ideologische und praktische Anerkennung des Primats der Ökonomie
- die herrschende Ideologie der Arbeit.

Ökologie ist immer auch ein Verteilungsproblem. Ein Teil des sinnlosen Handels ist – so paradox das klingt – eine Folge mangelhafter Verteilung: Würden die Industriestaaten den Entwicklungsländern von ihrem unerhörten Reichtum genügend abgeben, würde dort die Geburtenrate aufgrund des erhöhten Wohlstands zurückgehen. Die Völkerwanderung in die Industrieländer würde gebremst und viele Produkte könnten in den Entwicklungsländern selbst hergestellt werden, wo die Produktion die Natur noch nicht derart belasten müsste. Gleichzeitig würde unsinniger Handel reduziert. Umgekehrt müsste in den Industrieländern die Geburtenrate voraussichtlich nicht gleich wieder steigen, wenn der Wohlstand etwa auf das Maß der 70er Jahre zurückgeschraubt würde.

Eins der positivsten Phänomene des Kapitalismus ist es ja, dass er Verteilung auch ohne Waren- und Materialströme steuern könnte, nämlich durch bargeldlose Kapitalflüsse. Das würde allerdings bedeuten, dass die Politik den quasi natürlichen Anti-Verteilungs-Mechanismen, der eigenen Konzentrationsdynamik des Kapitals entgegenzuwirken hätte. Dem wiederum steht der Standortchauvinismus der Wirtschaftsnationalisten entgegen. Dem steht auch eine hedonistische Form der Wachstumsdemokratie entgegen, in der Verzicht ein für allemal nicht mehr mehrheitsfähig ist und die deshalb reformunfähig weiterwurstelt, bis sie platzt.

Das Recht auf Nichtarbeit

Das Verschwinden der Arbeit zu bejahen, heißt vor allem: Arbeit nicht mehr zur Voraussetzung der Existenzlegitimation zu machen, Lebensberechtigung auch ohne Arbeit anzuerkennen. Arbeitslosigkeit lässt sich auf die Dauer nur aufhalten durch die konsequente Konstitution eines Rechts auf Nichtarbeit. Ein »Recht auf Arbeit« kann es ohnehin nicht geben, schon gar nicht auf Qualarbeit, allenfalls eine »Pflicht zur Arbeit« und ein Recht auf Existenzsicherung. Ein Recht auf Existenzsicherung auch bei Nichtarbeit – das gibt es ja längst, allerdings nur für etwa die Hälfte der Bevölkerung, für die Besitzer von Kapital- und Transfereinkommen oder in der diskriminierenden Form von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe.

Existenzsicherung auch bei Nichtarbeit – diese Forderung lässt sich am konsequentesten realisieren durch die Einführung einer »allgemeinen Grundsicherung«, eines »Citizenship Income«, eines für alle gleichen Grundeinkommens.

Da auch heute formal niemand einkommenslos ist, wäre dies keine Revolution, sondern nur die Anerkennung eines längst bestehenden Zustands, die Vereinheitlichung, Besserverteilung, Entbürokratisierung und vor allem Entkriminalisierung des heutigen Gestrüpps aus Zuwendungen, Hilfen und Transferleistungen, in deren Genuss bereits über die Hälfte der Bevölkerung kommt und deren Zusammenfassung zu einem sogenannten »Bürgergeld« ja heute bereits zum Programm von Wirtschaftsliberalen gehört.

In einer Übergangszeit könnte diese »allgemeine Grundsicherung« mit einer »Negativsteuer« kombiniert werden: Unterhalb eines bestimmten Mindesteinkommens würde dann nicht nur

keine Steuer mehr vom Staat erhoben, sondern ein Zuschuss so lange gezahlt, bis wieder das Mindesteinkommen erreicht ist. Die Gefahr dabei ist, dass so ein Nicht-Arbeitender das gleiche verdienen kann wie ein niedrig bezahlter Arbeitender, dass sich also für niedrig bezahlte Arbeiten oder Teilzeitarbeit niemand mehr freiwillig hergeben wird. Langfristig muss deshalb das Mindesteinkommen ein für alle gleiches Grundeinkommen werden, von dem Arbeitsentgelte nicht mehr abgezogen werden dürfen. Im Gegenzug müssen alle Arbeitsentgelte entsprechend geringer werden, so dass ein Vollbeschäftigter nicht plötzlich ein Doppelgehalt hat. Ob das im Wege der Tarifautonomie realisierbar ist, bleibt fraglich.

Nur auf dem Weg über die »allgemeine Grundsicherung« kann Arbeit für alle freiwillig werden, und nicht mehr nur für die Bezieher von Kapital- oder Transfereinkommen. Arbeit würde erstmalig in der Geschichte einem wirklichen Markt zugeführt, auf dem sich ihr Preis bilden kann. Wird sie knapp, steigen Nachfrage und Preis und umgekehrt.

Der Forderung nach einem Grundeinkommen werden vor allem zwei Argumente entgegengehalten: es sei eine Ungerechtigkeit gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, und es sei nicht finanzierbar. Das erste Argument stammt aus der Diskussion über die sogenannte Grundrente. Die Grundrente ist eine Variante der Altersversorgung und nicht mit dem altersunabhängigen Mindesteinkommen identisch. Wer jedem auch ohne Arbeit eine Grundrente gebe, versünde sich an denjenigen, die dafür jahrelang gearbeitet und Beiträge gezahlt hätten (so der deutsche Bundesarbeitsminister). Folgt man diesem Argument, so muss nicht nur immer weiter sinnlose Arbeit geleistet werden, um die Existenzberechtigung zu legitimieren, sondern auch, um diejenigen nicht zu verprellen, die in der Vergangenheit arbeiten mussten. Ein perfektes Anti-Fortschritts-Argument: keiner Generation darf es besser gehen, weil sie sich sonst an vergan-

genen Generationen »versündigt«. Richtig ist, dass das garantierte Mindesteinkommen von allen finanziert werden muss und nicht nur von früheren Renten-Beitragszahlern. Gerecht wäre es auch, wenn eine beitragsfinanzierte Rente stets höher wäre als das Mindesteinkommen. Eine Verpflichtung der jüngeren Generationen, genau so viel für ihren Unterhalt zu arbeiten wie ältere Generationen, kann jedoch kaum konstruiert werden.

Selbst eine der deutschen Regierungsparteien hält das Bürgergeld inzwischen für eine haushaltsneutrale Umschichtung. Solange das Bürgergeld allerdings in Konkurrenz zum Arbeitseinkommen steht, wird der fließende Übergang zwischen Sozial- und Arbeitseinkommen nur schwer festzustellen sein. Setzt man den Selbstbehalt bei Zuverdiensten auf Null, würde das jeden Arbeitsanreiz in den unteren Lohngruppen beseitigen und die Schwarzarbeit fördern. Setzt man ihn höher, würden viele Arbeitslose mit Zuverdiensten mehr verdienen als viele Vollzeitbeschäftigte. Schon heute verdient ja der legendäre Münchner Obersekretär weniger als ein Arbeitsloser. Derzeit werden 50 % Selbstbehalt diskutiert. Langfristig führt jedoch kein Weg daran vorbei, das Arbeitseinkommen generell auf den Sockel eines Grundeinkommens für alle aufzusetzen und die Arbeitseinkommen entsprechend geringer zu dimensionieren.

Nun zur Finanzierbarkeit: Bisher hat sich die Produktivität nach der »Freisetzung« von Arbeitskräften langfristig ständig erhöht. Wir haben also nicht das Problem der zunehmenden Versorgung von Nicht-Arbeitenden, sondern das Problem der Verteilung der ständig gestiegenen Mehrproduktion. Aber selbst, wenn einmal weniger produziert würde, etwa wieder so viel wie 1970, wäre dadurch nicht die Finanzierbarkeit in Frage gestellt. Es gäbe dann nur so viel zu verteilen wie 1970, und da glaubte die Bevölkerung, dass es ihr gut gehe. Maschinisierung kann nicht von der Pflicht entbinden, die Bevölkerung mit den Produktionsergebnissen zu versorgen. Wäre eine Maschinsie-

rung ohne Steigerung oder Verbesserung der Produktion mit Mehrkosten verbunden, müsste man sie besser unterlassen.

Im Übrigen sind zwei Bevölkerungsgruppen von der Frage der Finanzierbarkeit überhaupt nicht betroffen: diejenigen, die bereits heute Transfereinkommen ohne die Gegenleistung Arbeit beziehen, und diejenigen, welche die auch künftig verbleibende Arbeit leisten werden. Relevant für die Finanzierbarkeit wäre nur die Gruppe derjenigen, die infolge des garantierten Mindesteinkommens ihre überflüssige Arbeit aufgeben könnten. Hier handelt es sich zum einen um Arbeitsplätze in Bergbau, Schiffsbau, Landwirtschaft usw., deren Subventionen ja schon heute kaum geringer sind als die bezogenen Nettoeinkommen. Die Differenzierung zwischen der künftigen Grundversicherung und den heute bereits gezahlten Transfereinkommen und Subventionen dürfte hier gar nicht so groß sein. Nur diese voraussichtlich geringe Differenz müsste aus den bisherigen Maschineriegewinnen aufgebracht werden.

Schließlich ist da noch jenes riesige Volumen an schädlicher Arbeit, auf deren Einsparung und Beseitigung alle ökologischen Überlegungen hinauslaufen müssen. Schon heute leben ganze Industrien von der Reparatur vermeidbarer Schäden, die von jeweils anderen Industrien verursacht werden: von der Beseitigung vermeidbarer Abgase, Abwässer, Verpackungen, Arbeits- und Ernährungskrankheiten, Landschaftszerstörungen und Verkehrsfolgen. Ein Kilo Atrazin kostet zehn Mark, seine Beseitigung aus dem Trinkwasser dagegen 150 000 DM. 113 Mrd. DM kosten die Folgen des einfach zu vermeidenden Jodmangels. Hinzu kommen schädliche Arbeiten auf Gemeinkosten wie Flussbegradigungen, übertriebener Straßen-, Kanal- und Flughafenbau, die Verkünstelung der Landschaft und die Verhübschung unserer missratenen Innenstädte. Hinzu kommen sinnlose Bürokratien ebenso wie die (oft subventionierten) Überschussproduktionen in Landwirtschaft, Pharmazie und

Montanindustrie. Hinzu kommen die vermeidbaren Gebäude, Umschlag-, Transport- und Lagerflächen, Verwaltungseinrichtungen, Werbebüros, Arbeitsämter usw., die sowohl für die verursachende als auch für die beseitigende Industrie bereitgestellt werden müssen. Alle diese Einrichtungen »schaffen Arbeitsplätze«. Sie schaffen aber letztlich keine Wertschöpfung, sondern Wertvernichtung. Sie erhöhen nicht den Wohlstand, sondern verringern ihn. Würde man der Bevölkerung das Geld dafür ohne die schädlichen Gegenleistungen geben, würden Wertvernichtung und Wohlstandseinbuße ebenso vermieden wie unnötiger Ressourcenverbrauch und sinnlose Reibungswiderstände. Allerdings müsste dafür gesorgt werden, dass dieses Geld nicht wiederum für schädlichen Konsum oder schädliche Freizeitaktivitäten ausgegeben wird, sondern z.B. für umweltneutrale Urlaube, das Studium der Kinder, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum oder sonstige Vermögens- oder Weiterbildung.

Schwieriger ist der Verzicht auf schädlichen Export, vor allem von Rüstung und Giften. Sie bringen ja tatsächlich Geld ins Land, erhöhen also nationalen Wohlstand, indem sie Unglück über andere Länder bringen. Hier zeigt sich die ganze Tragweite jener Ideologie der Arbeit: sie erlaubt es Parteien und Gewerkschaften, Verbrechen als Wohltaten darzustellen. Würden solche verbrecherischen Produktionen niemandes Existenz mehr sichern, würden sie auch von den Bevölkerungen nicht mehr so leicht hingenommen.

Jetzt wird auch deutlich: Das riesige Instrumentarium, das in den letzten Jahrzehnten zum vermeintlichen Schutz der Umwelt aufgebaut wurde, kann überhaupt nicht greifen:

Die ganze Recycling-Profit-Wirtschaft, die schönen »Ausgleichsmaßnahmen« sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen und Pseudo-Kreislaufmodelle haben alle einen Fehler: Um-

welt soll möglichst beschäftigungsintensiv geschont werden – ein Widerspruch in sich. Eine Wirtschaft, die auf Beschäftigung angelegt ist, kann prinzipiell nicht Vermeidung betreiben. Wirkliche Vermeidung von Umweltzerstörung ist immer auch Arbeitsvermeidung. Die Beschäftigungsgesellschaft betreibt prinzipiell nachträgliche Reparatur statt vorheriger Vermeidung. Sie benötigt die Reparatur der von ihr angerichteten Schäden zu ihrer Erhaltung.

Jugoslawien, Somalia, Ruanda. Umweltreparatur, Reparaturmedizin, Sozialreparatur. Die Kosten explodieren, aber eine Umstellung auf Vermeidung ist nicht in Sicht.

Das Verschwinden der Arbeit ist das schwerwiegendste wirtschaftspolitische Problem der Gegenwart. Es ist hausgemacht. Es wäre kein Problem, wenn Industrialisierung von vornherein als Befreiung von Qualarbeit verstanden worden wäre und die Maschinerisierungsgewinne sukzessiv den von Maschinen ersetzten Arbeitern zugutegekommen wären. Die Regierungen entziehen sich beharrlich der Lösung dieses selbstgeschaffenen Problems, indem sie es den Tarifparteien überantworten. Das sind aber ausgerechnet jene beiden Gruppen, die aufgrund ihres quasi natürlichen Eigeninteresses am wenigstens in der Lage sind, es richtig einzuschätzen, geschweige denn, es zu lösen. Die Unternehmer müssten auf einen Teil ihrer usurpierten Maschinerisierungsgewinne verzichten, und die Gewerkschaften müssten ihre Rolle völlig neu definieren. Das Verschwinden der Arbeit ist unumkehrbar. Es kann langfristig durch nichts aufgehalten werden: Weder durch Wachstum, internationalen Wettbewerb oder Beschäftigungsanreize, noch durch die Dienstleistungsgesellschaft, mehr Bildung, Strukturwandel oder ökologischen Umbau. Das Verschwinden der Arbeit ist keine Krise, sondern Befreiung und Jahrtausendziel menschlicher Intelligenz.

Die Regierungen haben für diese Entwicklung keinerlei offensives Konzept. Alle Konzepte versuchen das Verschwinden der Arbeit defensiv aufzuhalten oder längst überfälligen Entwicklungen eine quasi magische Rückkehr des Arbeitsbedarfs anzudichten, zum Beispiel der ökologischen Wende. In Wirklichkeit ist die Ideologie der Arbeit nicht Ausweg aus der ökologischen Krise, sondern vielmehr eine ihrer fundamentalsten Ursachen. Sie ist längst zum Hauptinstrument konservativer Anspruchsabwehr gegen den sozialen und ökologischen Umbau geworden. Sie erlaubt es, Aggression zynisch als Fürsorge darzustellen. Die Rechtfertigung von Rüstungs- und Giftexporten ist mit dem Hinweis auf Arbeitsplätze keine Randerscheinung, sondern Wesensbestandteil dieser Ideologie.

Die heutige Beschäftigungstheorie ist die perfekte Argumentationsfalle: Da alles nur noch darauf ausgerichtet ist, Arbeit zu beschaffen anstatt abzuschaffen, verkehren sich alle Begriffe in ihr Gegenteil: Industrialisierung, Ökologie, Maschinisierung, Automation, Innovation – alles Begriffe, die ursprünglich auf Einsparung von Arbeiten, auf besseres Haushalten und intelligenteren Umgang mit Arbeit abzielten, werden plötzlich nur noch auf ihre Beschäftigungsausbeute hin abgeklopft. Selbst Freizeit wird zum Produktions- und Marktobjekt, zum Beschäftigungsziel an anderer Stelle. Die Unfreiheit von Arbeit wird krampfhaft aufrecht erhalten und durch einen libertären Begriff von Wirtschaftsfreiheit zu kompensieren versucht. Das dennoch unaufhaltsame Verschwinden der Arbeit soll durch exponentielles Wachstum sozusagen ständig überholt werden. All das führt immer weiter in die gesellschaftliche und internationale Entsolidarisierung der Bevölkerungen, in immer größere Abhängigkeit von Wachstum, Umsatz und Mehrwert.

Sofern aus der Bevölkerung selbst konstruktive Impulse für eine kreative Bewältigung und Sinngebung künftiger unbezahlter Selbstentfaltungsarbeit kommen, werden sie nicht nur nicht

gefördert, sondern bekämpft. Man denke nur an die »freien« Jugendzentren, die Sprayer-Kultur oder die alternativen Handwerksbetriebe.

Ein positives Annehmen des Verschwindens der Arbeit verlangt nicht die Entwicklung neuer Arbeitsformen, sondern neuer, gelassenerer Lebensformen. Das ist eine Jahrhundertaufgabe. Sie verlangt einen tiefgreifenden Einstellungswandel von Politik und Bevölkerung. Dieser Einstellungswandel ist nicht deshalb so grundsätzlich, weil das Ereignis so grundsätzlich ist, sondern vielmehr, weil über Jahrzehnte, wenn nicht über ein Jahrhundert eine Ideologie aufgebaut, weil nicht Aufklärung, sondern Verdummung betrieben wurde.

Freizeitfähigkeit und die Erprobung neuer Lebensformen müssen allgemeines Entfaltungs- und Bildungsziel aller werden. Sie dürfen weder eine Angelegenheit des Jet-Set bleiben noch einer skrupellosen Freizeit- und Unterhaltungsindustrie überlassen werden. Sie sind aber auch nicht die alleinige Aufgabe von Regierungen. Es wäre jedoch schon ein großer Schritt vorwärts, wenn die Regierungen (und Oppositionen) konstruktive Aufklärung betreiben würden, anstatt die Bevölkerungen immer weiter mit reaktionärer Durchhalte-, Wachstums- und Tüchtigkeitsideologie zu überziehen. Neue Lebensformen – sie werden vermutlich Formen heutiger Aussteiger-Kultur mehr und mehr zur geregelten Normalität werden lassen. Wie sagt es Schmidt-Bleek: »In der Sonne zu faulenzeln oder Fische zu füttern, ist allemal ökologischer als Motorrad zu fahren. Die Seele baumeln zu lassen, kostet keine Energie.« Der Schlüssel zu diesem Ausstieg aus der Beschäftigungsgesellschaft und den Einstieg in eine wirklich ökologische Gesellschaft ist die allgemeine Grund-sicherung.

Heroisierung und Mystifizierung der Qualarbeit durch die Entfaltungseliten müssen beendet werden. Qualarbeit verschafft

keine Identitätsbildung. Das Verschwinden der Arbeit muss als positive, unabwendbare Konsequenz von intelligenter Rationalisierung, Maschinisierung und Unternehmertugend begriffen werden, als selbstverständliches Industrialisierungsziel, als historischer Befreiungsprozess und nicht als Versagen. Die von der Arbeit Befreiten haben auch ohne Aktien einen Rechtsanspruch auf das von Maschinen Erwirtschaftete. Ihr Einkommen darf nicht als Sozialtransfer diskriminiert oder zum Gegenstand von Mitleid und staatlicher Wohltätigkeit herabgewürdigt werden. Ohne die Überwindung der Beschäftigungsgesellschaft können die Material- und Energieströme nicht ausreichend reduziert, kann die ökologische Vermeidungsgesellschaft nicht erreicht werden.